

Leserbrief zu: So geht es weiter mit dem Windkraft-Ausbau Frank Jung Husumer Nachrichten vom 15.1.2016

Die Aussagen von MP Albig zu den Abständen zur Wohnbebauung sind zynisch, menschenverachtend und ggf. auch gar nicht rechtskonform, da so innerhalb Schleswig-Holsteins und insbesondere auch im Bund, Menschen mit unterschiedlichem Schutzanspruch definiert würden.

Die Begründung, dass man ohne diese Ungleichbehandlung nicht genügend „Potentialflächen“ hätte ist nicht nur abwegig, sondern auch unzutreffend, denn Albig selbst sagt, dass bei 800m Abstand 2,2% der Landesfläche verfügbar wären, Ziel der Landesplanung wären aber lediglich 1,5% bis 2 % für Windkraftanlagen auszuweisen. Mit derartig unstimmgigen und abwegigen Argumentation könnte man ja auch die zulässigen Strahlenbelastungen für die Bevölkerung in Deutschland unterschiedlich definieren, je nachdem ob ein problembehaftetes AKW oder ein undichtes Endlager in der Nähe des Wohnortes ist, würden dort dann höhere Grenzwerte zu Anwendung gebracht. Vielleicht ist MP Albig gar nicht klar, welchen gefährlichen Unfug er da von sich gibt. Ob es überhaupt rechtskonform wäre, dass innerhalb Deutschlands unterschiedliche Grenzwerte zur Abwendung potentieller Gesundheitsgefährdungen angewandt würden, kann man sicher bezweifeln. Albigs Ignoranz wird somit lediglich weitere Gerichtsentscheide erforderlich machen, löst aber kein Problem und schafft weder Rechtssicherheit noch Planungssicherheit.

Abstandsregelungen dienen letztendlich der Vermeidung auch von potentiellen Gesundheitsgefährdungen. So eine Gefährdung wird bez. Infraschall von MP Albig, bar jeder eigenen Sachkunde, ignoriert. Er leugnet sogar das Vorhandensein entspr. Untersuchungen. Dies ist aber entweder eine eindeutige Lüge, oder man hat ihm noch nie was von den Untersuchungen berichtet, was unglaublich ist bzw. Zweifel aufkommen lässt, ob er denn als MP überhaupt am richtigen Platz ist.

Es werden also unter Vernachlässigung aller gebotenen Vorsicht bei der Risikoabwendung (und dies gilt eben auch für potentielle Gefährdungen), die Interessen der Bürger privatwirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Das hat man schon einmal beim Aufbau der Kernenergie so gemacht und zwischenzeitlich offenbar nichts dazugelernt. Was von solchen menschenverachtenden „Politikern“ wohl noch zu erwarten ist, mag man sich gar nicht vorstellen.

Auch bez. der Energiewende zeigt sich MP Albig hauptsächlich unkundig, begriffsstutzig bzw. ignorant und nicht wirklich lösungsorientiert.

Wenn man keinen Kühlschrank hat und einem 2 mal irgendwann im Jahr 2 Tonnen Nahrungsmittel in die Wohnung gekippt werden, wird man dennoch verhungern, da an den meisten Tagen des Jahres nur verdorbene und somit nicht nutzbare Nahrungsmittel vorhanden wären. Mit einem Kühlschrank (eigentlich bräuchte man ein Kühlhaus) sähe das ganze natürlich ganz anders aus. Nun kann man zwar an Tagen des großen Überflusses ggf. einen Teil Nahrungsmittel an andere „Kühlschranklose“ abgeben, benötigt dafür aber auch eine entsprechende (teure) Infrastruktur. Mit einer Vervielfachung der zweimaligen Nahrungsmittelmenge wird das Problem nicht einfacher, da potentielle Abnehmer eben das gleiche Problem haben, Lieferungen über den aktuellen bedarf hinaus nicht kühlen (speichern) zu können. Ob MP Albig sich auch so an großen, aber sinnlosen Zahlen ergötzen

würde, wenn es wirklich um Nahrungsmittel und nicht Windstrom ginge? Offenbar sind ihm die technischen Gegebenheiten von Stromerzeugung, Transport, Speicherung und Verbrauch so wenig bekannt, dass er vielleicht wirklich an sein naives „viel hilft viel –Mantra“ glaubt (wäre dann jedoch als Energiewende-MP völlig untauglich).

Nun weht zwar an mehr als zwei Tagen im Jahr Wind, aber speichern kann man die Elektrizität in nennenswertem Umfang nicht einmal eine Sekunde. Die Pumpspeicherwerke in Deutschland können zusammen Energie zur Versorgung des Landes für vielleicht eine Stunde aufnehmen und bei Flaute bereitstellen. Andere Lösungen, die vielleicht die Möglichkeiten zur Versorgung des Landes auf mehrere Stunden erweitern könnten, werden zwar viel beschworen, verursachen im Aufbau erhebliche Kosten und sind aber in absehbarer Zeit nicht verfügbar. Zudem ist es höchst zweifelhaft, ob konventionelle Technologie zur Speicherung großer Elektrizitätsmengen (Pumpspeicherwerke) in erforderlicher Zahl und Größe in Deutschland errichtet werden können, da aus topographischen Gründen große Flächen der Mittelgebirge oder von Alpentälern dafür genutzt werden müssten.

Die Propagandaerfolge einer zeitweiligen mehrfachen Versorgung aus Windenergie in S-H sind daher ebenso wenig wert, wie wenige Fressgelage im Jahr in einer „kühlschranklosen Hungergesellschaft“.

Es wird dabei nicht nur von MP Albig verschwiegen, dass der Aufbau einer entsprechenden Speicherinfrastruktur eine nationale Aufgabe ist (bzw. wäre, denn es tut sich nichts), die wohl über Jahrzehnte dauern und dreistellige Milliardenbeträge erfordern wird. Derzeitige Batteriespeicherprojekte oder dergl. sind zwar nette Insellösungen, erfordern aber auch hohe Investitionen und sind für die Versorgung von Industrieanlagen untauglich.

Wenn es aber keine hinreichenden Speichermöglichkeiten für Windenergie gibt, kann man damit nicht die Energieversorgung einer (noch) Industrienation bewerkstelligen. Man könnte nun in Erwägung ziehen, nicht speicherbaren Windstrom zur Einsparung fossiler Energieträger zu nutzen, um das Problem so wenigstens ein wenig abzumildern und auf bezahlbarem Niveau zu lösen. Das ist aber offenbar nicht auf der Agenda der Kieler Landespolitik, da die mit der Energiewende verbundene CO₂ Problematik gar nicht verstanden wird.

MP Albig hingegen gefällt sich als Kirchturmpolitiker mit Tunnelblick und dient somit lediglich einigen gierigen Akteuren der Windkraftbranche als williger Garant zur Verstetigung der Lizenz zum Gelddrucken. Dem Land, der Bevölkerung und auf Dauer auch den anderen Akteuren in den regenerativen Energien fügt er jedoch Schaden zu. Das ist jedoch kaum die Aufgabe eines Ministerpräsidenten.

Uwe Krüger
Uelvesbüll